

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: 22.09.2003, 18:30 Uhr!

Rede von Bürgermeister Ole von Beust
vor dem Übersee-Club
22. September 2003

Sehr geehrter Herr Dr. von Foerster,
sehr geehrte Damen und Herren des konsularischen Korps,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die Einladung, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es gibt wohl kaum ein anderes Forum in Hamburg, das einem die Möglichkeit gibt, vor einem interessanten und interessierten Auditorium Aspekte der Entwicklung der Politik, jenseits der tagespolitischen Erfordernisse beleuchten zu dürfen.

Dabei lege ich Wert auf die Feststellung, dass ich mir heute erlaube, meine persönliche Meinung zu sagen. Sie ist nicht abgestimmt in Koalitionsrunden, mit dem Senat oder in Parteigremien.

Bevor ich zu Fragen und Chancen der Entwicklung Hamburgs und der Region komme, will ich etwas zur Situation der Bundesrepublik sagen.

Alle sprechen von den nötigen Reformen, der Agenda 2010, dem Reformstau usw.

Bei nüchterner Betrachtung bin ich überzeugt, es geht in vielen Bereichen nicht um eine Reform des Systems oder der Sozialsysteme, nicht einmal ein Umbau reicht aus, sondern es geht um nichts weniger als einen Systemwechsel;

ein Systemwechsel, letztlich mit dem Gedanken, den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft wieder zum Durchbruch zu helfen.

Diese Grundlagen sind:

- Freiheit, nicht nur als Selbstverwirklichung, sondern als Verantwortung für sich und die Nächsten,
- Markt als Prinzip,
- und soziale Gerechtigkeit als Ausdruck von Nächstenliebe.

Von diesen Grundgedanken haben wir uns in der 54jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland weit entfernt. Das ist kein Vorwurf an die verehrten Damen und Herren der politischen Gegenseite, sondern das betrifft auch meine Partei.

Aus den ursprünglichen Gedanken der eigenverantworteten, soziale Gerechtigkeit betrachtenden, marktwirtschaftlichen Lösungen, auch der sozialen Fragestellungen, ist inzwischen ein kaum kontrollierbares, der politischen Beliebigkeit ausgesetztes, kollektives Sicherungssystem geworden.

Ich werde im Weiteren noch näher begründen, wie ich mir diesen notwendigen Systemwechsel vorstelle, um zum Grundgedanken der Marktwirtschaft zurück zu gelangen.

Bevor ich das tue, stelle ich aber die Frage: Warum tun wir uns in Deutschland allein schon mit dem Gedanken eines Systemwechsels so schwer?

Andere Länder, vorwiegend angelsächsische Länder, aber auch einige skandinavische Staaten und die Niederlande sind hier erheblich weiter.

Worin liegen die spezifischen Schwierigkeiten in Deutschland?

Ich glaube es ist zu kurz gedacht, wenn man alle Schuld an den mangelnden Veränderungen den Lobbys oder den Politikern gibt.

Natürlich haben Lobbys und Lobbyisten die Aufgabe der Besitzstandswahrung, aber das ist doch überall so und nicht typisch für unser Land.

Natürlich wollen Politiker gerne wiedergewählt werden und haben daher Sorge, unpopuläre Dinge zu tun. Auch das ist aber nicht typisch deutsch, sondern in jeder Demokratie so.

Woran liegt es also, dass wir uns so schwer tun?

Nach meiner Auffassung hat das zwei mehr oder weniger historische Ursachen:

Die eine liegt darin, dass es - kurz gesagt -mitteleuropäische und deutsche Tradition ist, dass der Wert der Freiheit und auch das persönliche Wertlegen auf Freiheit und Entscheidungsfreiheit, wenn überhaupt, auf einer Ebene, meistens sogar noch unterhalb dem Wert der Geborgenheit und Sicherheit eingeordnet wird.

Es hat Tradition bis in die kleinen Fürstentümer des Mittelalters zurück, dass die Bürger bereit sind, für das Gefühl mutmaßlicher Geborgenheit und Sicherheit durch ihren Landesherrn auf persönliche Freiheit zu verzichten. Bis vor 14 Jahren war dieser Grundsatz sogar noch Staatsdoktrin im anderen Teil Deutschlands.

Ich glaube, nicht anders ist es zu erklären, dass die Menschen hier, wie sonst kaum anderswo auf der Erde, immer noch einigermaßen geduldig hinnehmen, dass weit mehr als 50% ihres Einkommens, in schwer oder gar nicht kontrollierbare Institutionen abgegeben werden, die den Bürgern dafür Sicherheit und Geborgenheit ver-

sprechen: an die Rentenversicherung, an die Krankenversicherung, an die Arbeitslosenversicherung; von Steuern ganz zu schweigen.

Und ich glaube, nur mit Tradition ist es zu erklären, dass jeder Schritt weg von verordneter kollektiver Sicherung hin zu freier Entscheidung über die eigene Sicherung so unglaublich schwer ist und mit so unglaublichen Vorurteilen behaftet ist.

Anders ist es kaum nachvollziehbar, dass viele Menschen - durchaus bewusst - immer noch ihre persönliche Entscheidungsfreiheit, wie sie im Alter oder für ihre Gesundheit vorsorgen wollen, dem Diktat einer gesetzlichen Regelung und gesetzlichen Kassen unterwerfen, auf deren Handlungsweise sie so gut wie gar keinen Einfluss haben.

Hinzu kommt, dass die Zahlung der zwangsweise erhobenen Beiträge noch nicht einmal einen Rechtsanspruch auslöst, sondern die Leistungen von andauernd wechselnden politischen Beschlussfassungen abhängen.

Diese besondere deutsche Tradition muss man also sehen, wenn man sie überwinden will.

Zum anderen glaube ich, dass nach wie vor die Schattenseiten der jüngeren deutschen Geschichte, also die Jahre 1933-1945, indirekt Auswirkungen haben auf die deutsche Politik.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Damit meine ich nicht: Schluss mit einer Diskussion über Nationalsozialismus oder gar das Infragestellen der deutschen Verstrickung und Schuld in diesen Jahren. Dieses System war das grauenhafteste und furchtbarste, was es in der Geschichte gegeben hat. Und das Leid, was in deutschen Namen verursacht wurde, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Nein, ich meine, dass politische Perversionen dieser Zeit zu Reflexen geführt haben, die mit dem Blick zurück nachvollziehbar, aber mit der heutigen Entwicklung nicht immer vereinbar sind.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Die nationalsozialistische Ideologie berief sich auf das Recht des Stärkeren. Dies hat zu einer menschenverachtenden Behandlung der sogenannten Schwachen geführt.

Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir bis heute, dass allein das Berufen auf das „schwach sein“ moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung nicht immer Stand halten.

Natürlich, wer wirklich schwach ist oder sich aus eigener Kraft nicht helfen kann, der braucht die Hilfe der Gemeinschaft. Dies ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein christliches Gebot.

Inzwischen berufen sich aber nicht wenige auf diesen moralischen Anspruch, die nicht wirklich schwach sind, sondern vielleicht sogar unbewusst unsere besondere historische Situation nutzen, um für sich Vorteile zu erlangen.

In der politischen Diskussion wird die Notwendigkeit der Hilfe für die Schwachen oft auch dann vorgeschoben, wenn diese durchaus in der Lage wären, sich entweder selbst zu helfen oder in eigener Entscheidungsfreiheit über ihre Absicherung zu entscheiden.

Meine Damen und Herren,

ich habe diese beiden kurzen Rückblicke gewählt, um deutlich zu machen, wie schwierig es speziell in Deutschland ist, notwendige gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Wir brauchen aber diese Veränderungen, genauer gesagt den Systemwechsel, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

Welchen Systemwechsel meine ich: Ich meine zunächst die Reform der sozialen Sicherungssysteme, d.h. der Gesetzgebung zum Thema Gesundheit, Rente und Arbeit.

Wenn Freiheit nicht nur Selbstverwirklichung bedeutet und Vorrang haben soll vor dem Anspruch auf kollektiv verordnete Geborgenheit, heißt das, dass in allen drei Bereichen die Menschen über den Grad ihrer Absicherung selbst entscheiden sollen. Eine Bevormundung passt nicht mehr in die Zeit.

Diese Bevormundung haben wir aber. In allen drei Bereichen werden die Menschen jenseits von Entscheidungsfreiheit und Marktwirtschaftlichkeit in kollektive Sicherungssysteme eingeordnet und zwangsversichert.

Eine Grundsicherung begrüße ich:

- niemand soll hungern und frieren;
- niemand soll ins Bodenlose fallen, wenn er arbeitslos wird;
- niemand soll aufgrund begrenzter finanzieller Mittel vom medizinischen Fortschritt ausgeschlossen werden oder - ganz gleich in welchem Lebensalter - nicht mehr die Möglichkeit haben, vor lebensbedrohlichen Krankheiten geschützt zu werden.

Nein, diese Grundsicherung muss durch kollektive Systeme vorgenommen werden.

Aber alles, was darüber hinaus geht, soll doch bitte der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und dem Markt unterliegen; soll vertraglich geregelt sein und nicht mehr der politischen Beliebigkeit unterliegen.

Was spricht denn dagegen, das Gesundheitssystem so zu reformieren, dass nur die teuren und lebensbedrohlichen Risiken von der Gemeinschaft abgesichert werden?

Was spricht denn dagegen, nur eine Grundsicherung für das Alter, wie Prof. Biedenkopf sie schon vor 10 Jahren vorgeschlagen hat, durch Steuern zu garantieren?

Was spricht denn dagegen, dass man bei Arbeitslosigkeit nur für eine Übergangszeit gesichert ist, damit niemand ins Bodenlose fällt und die Familie nicht mittellos wird?

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, nichts spricht dagegen.

Im Gegenteil: Ein solcher Systemwechsel ist nach den Grundsätzen der freien Entscheidung, des Marktes und der Gerechtigkeit dringend geboten und notwendig.

Das ist meine feste Überzeugung und ich bin sicher, dass dies nach einiger Zeit auch allgemein anerkannt sein wird.

Nebenbei: Dies ist auch nicht, wie manche Kritiker meiner eigenen Partei sagen, leistungsfeindlich. Diese argumentieren, dass jemand, der viel geleistet hat und damit gut verdient hat, z.B. auch höhere Rentenansprüche haben soll, als derjenige, der nichts leisten wollte.

Dieses Argument überzeugt mich nicht, denn derjenige, der viel geleistet hat, hat ja auch die notwendigen freien Mittel, eine bessere Altersversorgung zu vereinbaren, als andere. Wichtig ist nur: Die Entscheidung über Art und Umfang liegt bei ihm selbst.

Ich weiß, dass aus den oben genannten Gründen - nämlich der deutschen Tradition, um es oberflächlich zu sagen, Geborgenheit vor Freiheit und der Überbetonung des moralischen Anspruchs der sogenannten Schwachen, ohne die Schwäche tatsächlich geprüft zu haben - diese Änderungen sehr schwer fallen. Aber ich bin überzeugt, wir brauchen sie.

Gleiches gilt übrigens für einen Systemwechsel in der Steuerpolitik.

Auch hier wird es nicht darum gehen, die eine Steuer hinauf, die andere Steuer hinunter zu setzen, die eine Sonderabschreibung zu reduzieren, die andere zu erhöhen, und und und.

Es geht um den Wechsel zu einem übersichtlichen, einfachen und gerechten Steuersystem.

Ich berufe mich hier gern auf die Vorschläge meines Kollegen Gunnar Uldall, die heute so gültig sind, wie vor acht Jahren:

- drastische Reduzierung der Subventionen; und ich denke, hier haben die Kollegen Koch und Steinbrück Recht: das geht nur in gleichen Prozentsätzen für alle Subventionen;
- drastische Reduzierung der Sonderabschreibungstatbestände;
- drastische Senkung der Steuer mit nachvollziehbaren Sätzen.

Es gilt das *Bonmot*. Je überflüssiger der Steuerberater, desto besser die Steuerreform.

Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um den Systemwechsel in wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Fragen. Sondern es geht auch um die Organisation unseres Staates, im Bund und in Hamburg.

Sind wir, so wie die Bundesrepublik Deutschland jetzt aufgebaut ist, so wie Hamburg jetzt aufgebaut ist, auf Dauer international konkurrenzfähig?

Ist der Staatsaufbau wirklich transparent und effektiv?

Können wir es hinnehmen, dass wichtige Planungen, wie z.B. der Bau eines Flughafens, heute mit einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren veranschlagt werden?

Ist es wirklich erträglich, dass der Transrapid 15 Jahre im Emsland im Kreis fährt, in Deutschland ad acta gelegt wird, dann wieder diskutiert wird und längst in Shanghai gebaut worden ist?

Ich glaube, diese Beispiele zeigen: In der jetzigen Struktur geht es nicht weiter.

Bevor ich zur notwendigen Strukturänderung komme, erlauben Sie auch hier, einen kurzen historischen Gedanken, wie diese Struktur eigentlich entstanden ist:

Natürlich ist der Föderalismus auch Ausdruck der historischen deutschen Kleinstaaterei vor der Reichsgründung.

Man hat versucht, soweit es geht, historische Interessen in Einklang zu bringen mit verwaltungstechnischen Erfordernissen.

Neben dieser territorialen Aufteilung ist das Grundprinzip einer möglichst starken Machtaufteilung aber auch - wie oben schon dargestellt - ein Reflex auf den zentralistischen Machtmissbrauch während des Dritten Reiches.

Die Perversion der Macht, konzentriert auf eine Person, hat dazu geführt, die Staatsgewalt soweit wie möglich aufzusplitteln. Nicht nur in vertikale Gewaltenteilung *à la Montesquieu*, sondern auch in eine extreme horizontale Gewaltenteilung, zumindest im Bereich der Exekutive und der Legislative.

Diese ist nach den Schrecken von 1933 bis 1945 nachvollziehbar, hält einer kritischen Überprüfung heute aber nicht in jedem Punkt stand.

Was wir dringend brauchen, ist eine Reform des Föderalismus. Diese umfasst auf jeden Fall Inhaltliches, kann aber auch Räumliches bedeuten.

Inhaltlich heißt das für mich, dass wir endlich wieder eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern brauchen.

Auch wenn ich selbst Mitglied des Deutschen Bundesrates bin: Die Tatsache, dass ca. 60% der Bundesgesetze einer Zustimmung des Bundesrates bedürfen und einen langen Gesetzgebungsprozess verursachen, ist auf Dauer nicht nur wenig transparent und verwischt die demokratischen Entscheidungen der Bundestagswahl, sondern es führt auch zu der Benachteiligung Deutschlands im internationalen Vergleich.

Betrachtet man dies kritisch, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass 20 bis 30% Zustimmungspflichtigkeit mehr als genug wären.

Eine größere Entscheidungskompetenz für den Bund muss aber einhergehen mit einer Entflechtung der Bundes- und Landeskompetenzen - der sogenannten Rahmengesetzgebung Gemeinschaftsaufgabe und Mischfinanzierung zu Gunsten der Länder.

Geben wir dem Bund, was des Bundes ist, und den Ländern, was der Länder ist. Dann wären viele Probleme schneller und leichter zu lösen.

Was das Räumliche angeht, möchte ich taktvoll nur soviel sagen: Nämlich, dass Hamburg weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart, und ich prognostiziere auch in der Zukunft, sich einer Neugliederung der Länder widersetzen würde.

Ich formuliere dies so zurückhaltend, weil ich weiß, dass in den Nachbarländern dieses sehr skeptisch gesehen wird, und ich die gute Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Bundesländern nicht durch diese provozierende Forderung in Frage stellen möchte.

Aber - noch einmal: An Hamburg wird eine Neugliederung nicht scheitern. Ich glaube dies ist eindeutig genug.

Im übrigen stellt sich die Frage, ob eine Föderalismusreform nicht auch mit einer Stärkung der direkten Demokratie einhergehen sollte.

Ich bin zwar auf Bundesebene skeptisch, was plebiszitäre Elemente angeht. Die Sachverhalte sind meist zu kompliziert, um sie auf eine einfache Ja-Nein-Frage zu reduzieren.

Aber ich meine, dass eine direkte Mitbestimmung bei der Auswahl von Personen erweitert werden könnte.

Warum sollte nicht in Deutschland auch, wie zum Beispiel in Österreich, der Bundespräsident direkt gewählt werden? Ich hielte dies für sinnvoll.

Gerade die jetzige, wie ich finde, unwürdige Diskussion über die Bundespräsidentennachfolge zeigt, dass eine direkte Abstimmung kein unvernünftigerer Weg wäre, als die bisherige Wahl durch die Bundesversammlung.

Ich halte dies nebenbei auch bei der Wahl von Ministerpräsidenten in den Ländern für denkbar. Notwendige Strukturreformen müssen so etwas mit beinhalten.

Meine Damen und Herren,
wer Strukturreformen im Bund will, darf sie für Hamburg auch nicht ausschließen.

Daher die Frage: Ist unsere dreistufige Verwaltungsstruktur in Hamburg noch zeitgemäß?

Wir haben Ortsämter mit Ortsausschüssen; wir haben Bezirksverwaltung mit Bezirksversammlungen; und wir haben den Senat mit der Bürgerschaft als Parlament.

Senatoren ist darüber hinaus noch zur Kontrolle ihrer Arbeit die sogenannte Deputation zugeordnet - angesiedelt bei den zuständigen Fachbehörden.

Ich behaupte, meine Damen und Herren, diese Dreistufigkeit ist nicht mehr zeitgemäß.

Eine zweistufige Verwaltung, mit klarer Kompetenzabgrenzung - zwischen dem was örtliche Aufgabe ist und dem was gesamtstädtische Aufgabe ist – wäre effektiver, bürgernäher, transparenter und letztlich auch demokratischer, weil die Abläufe kontrollierbarer werden.

Was spricht eigentlich gegen eine einheitliche kommunale Ebene, die nicht mehr - wie bisher - aus 7 Bezirken und über 20 Ortsämtern, sondern - um Bürgernähe zu gewährleisten – nur aus 15 bis 20 Bezirken besteht?

Ich weiß, dass solche Gedanken viel Unruhe unter den Betroffenen auslösen; ich meine aber, wir müssen darüber offen diskutieren.

Dazu gehört auch die Frage, ob die Deputationen noch zeitgemäß sind.

Historisch wurde die Deputation in Zeiten von ehrenamtlichen Senatoren ins Leben gerufen, um diese durch eine breitere Bürgerschaft zu unterstützen.

Aber passt das heute noch? Ich verkenne nicht die Qualität und das Engagement vieler Deputierter, denke aber, dass eine Regierung, ganz gleich welcher *Couleur*, gewählt ist zu regieren und das Parlament, um die Regierung zu kontrollieren.

Eine weitere Kontrolle auf Verwaltungsebene, die den parlamentarischen Proporz wiedergibt, ist nicht systemgerecht.

Auch dieses sollte man in Hamburg einmal offen diskutieren. Meine persönliche Auffassung dazu haben Sie eben gehört.

Neben der Organisation der Verwaltung wird es auch um die größere Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Stadt gehen.

Wie bei den sozialen Sicherungssystemen befürworte ich mehr Eigenverantwortung auch bei Verwaltung und Planung, die bisher hoheitlich wahrgenommen werden.

Angelsächsische Länder haben hier ein Modell entwickelt, das auch für uns vorbildlich sein kann, die sogenannten *Business Improvement Districts*.

Das bedeutet, dass in einem bestimmten Areal für einen befristeten Zeitraum Anwohner und Stadt die eigenverantwortliche Übernahme bestimmter Aufgaben vertraglich regeln; entweder in eigener Finanzierung oder mit Unterstützung der Stadt.

Ein Beispiel: Wenn die gewerbetreibenden Anwohner einer wichtigen Einkaufsstraße in der Innenstadt eine Reihe von Anregungen für ihre Straßengestaltung haben, bzw. Kritik an den bisherigen baulichen Zuständen, frage ich mich, warum man nicht per Vertrag die Lösung der Aufgaben auf die Anwohner überträgt, soweit es sich nicht um zwingend hoheitliche Aufgaben handelt. Dies kann entweder in eigener Regie oder in einer *Public-Private-Partnership* geschehen.

Die Menschen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand, der Staat zieht sich zurück, Eigenverantwortung greift um sich, und die Probleme werden schneller gelöst.

Ich will, dass ein solches Modell in einem ausgewählten Quartier in Kürze begonnen wird. Sollte dies erfolgreich sein, kann das Beispiel gebend für viele Quartiere sein.

Meine Damen und Herren,
organisatorische Reformen zu diskutieren, zu überzeugen, Änderungen zu bewirken, das ist das eine, das ist schon schwierig genug. Denn es geht nicht um eine Reform des Systems, sondern um einen Systemwechsel.

Das andere ist das Inhaltliche, die inhaltliche Weichenstellung.

Diese inhaltliche Weichenstellung findet in einem sich verschärfenden Wettbewerb der Städte und Regionen statt.

Analysieren wir offen die Situation Hamburgs: In einigen Bereichen hat man sich in der Vergangenheit erfolgreich bemüht, in diesem Wettbewerb gut da zu stehen.

Ich denke sowohl an die Entscheidung dieses Senates und der Vorgängersenate, die Voraussetzung für die Produktion des Airbus A380 in Hamburg zu schaffen, als auch daran, den Hafen zu stärken, Ausbaureserven zu behalten und Stück für Stück den Ausbau vorzunehmen.

Auf der anderen Seite gibt es Dinge, wo man vor 10 bis 15 Jahren die Entscheidungsfreudigkeit zum großen Wurf nicht gehabt hat.

Ich denke an den Großflughafen in Kaltenkirchen, ich denke an den Messeausbau, wie viele andere Städte, Hannover, Leipzig und München, dies getan haben.

Ich denke an die Transrapidverbindung Hamburg-Berlin; ich denke an Verkehrsinfrastrukturentscheidungen, wie einen Autobahnring um Hamburg. Ich denke an verpasste Investitionen für unsere Hochschulen.

Wir haben zu lange gezögert und gezaudert. Verbunden mit einer gewissen Selbstzufriedenheit, nach dem Motto „wir sind ja ohnehin das Tor zur Welt“, hat dies Hamburg im internationalen Wettbewerb der Metropolregionen zurückgeworfen.

Ich will, dass mit Vertagungen und Entscheidungsblockaden Schluss ist. Wir können uns dies nicht länger leisten.

Wer international Profil gewinnen will - und wir müssen das - braucht hierfür ein Konzept. Unser Konzept heißt: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt.

Das Konzept basiert auf drei Grundüberzeugungen:

1.:

Hamburg soll wachsen. Das mag banal klingen, ist es aber dann nicht mehr, wenn Sie an die Diskussion über die Rolle von Großstädten in den 70er und 80er Jahren zurückdenken. Damals sprach man von der Unregierbarkeit der Städte, der Unwirtlichkeit der Städte und der Gefahr des Wachstums als solchem. Heute sagen wir: Ja, Hamburg soll, Hamburg muss wachsen.

2.:

Wir wollen uns dem internationalen Wettbewerb stellen. Nicht Selbstzufriedenheit und Mittelmaß, sondern mutige Entscheidungen brauchen wir.

Diese Entscheidungen beinhalten notwendige städtebaulichen Maßnahmen, d.h. v.a. Flächen für das Wachstum und ausgewählte städtebauliche Projekte.

Bei der Ausweisung für Flächen gibt es drei Dinge:

Zum einen müssen bewusst Flächen für Industrie und Gewerbe geschaffen werden. Ich halte überhaupt nichts von einer Flucht in eine reine Dienstleistungsgesellschaft. Die Dienstleistungswirtschaft braucht gewerbliche und industrielle Auftraggeber, auch in den Grenzen einer Stadt;

zum anderen wird bei der Vergabe von Flächen für Wohnungsbau umgesteuert. Nicht mehr der soziale Geschosswohnungsbau bzw. die Vergabe von Erbbaurechten steht im Vordergrund, sondern Eigentum. Gerade junge Familien müssen innerhalb Hamburgs dafür Gelegenheit bekommen und nicht in den sogenannten Speckgürtel ausweichen müssen;

und zum dritten: Die Lebensqualität Hamburgs als grüne, mit viel Wasser durchzogene, lebenswerte Stadt darf nicht gefährdet werden. Muss sie auch nicht und wird sie auch nicht.

Die Stadt verfügt über große Flächenreserven mit und ergänzend zur HafenCity. Denken Sie nur an die ehemals von der Bundeswehr und der Deutschen Bahn benötigten Flächen, aber auch an den bislang noch unnötig großen Flächenverbrauch durch eine Reihe von Krankenhäusern, die in Zeiten gebaut wurden, als es drei bis viermal so lange Liegezeiten gab wie heute, und große Flächen sozusagen als grüne Lunge der Krankenhäuser benötigt wurden. Also: Platz gibt es genug - von „Zubetonieren“ kann keine Rede sein.

3.

Hamburgs Zukunft liegt im Süden. Der Sprung über die Elbe ist es, der die größte städtebauliche Herausforderung im Leitbild Wachsende Stadt bedeutet:

Denken Sie an

- Teile der HafenCity
- die Gartenbauausstellung mit internationalem Zuschnitt in Wilhelmsburg
- die Herausnahme des Binnenhafens aus dem Hafengebiet - bei Berücksichtigung der Belange der noch dort verbleibenden gewerblichen Betriebe zum Bau von Wohnungen, Freizeit und Arbeiten am Wasser in Harburg,
- denken Sie an das große Neubaugebiet Fischbek/Neugraben,
- an die Röttiger-Kaserne in Harburg,
- Airbus, DaimlerChrysler, Phoenix-Center
- und an die großen, beschlossenen Verkehrsprojekte, von der A26 über den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder bis hin zu dem Bemühen, die Hafengerüstspanne im Bundesverkehrswegeplan zumindest langfristig zu verankern.

A propos Hafen: Der Hafen ist und bleibt für Hamburg und die Region entscheidender Wirtschaftsfaktor. Trotzdem müssen wir lernen, dass dieser Hafen kein Sondergebiet ist, sondern Bestandteil der Stadt. Wenn wir den Sprung über die Elbe wollen, Arbeiten, Leben und Freizeit am Wasser wollen, brauchen wir eine Hafenplanung in Einklang mit Wirtschaft und Städtebau.

Dazu wird es auch gesetzlicher Änderungen bedürfen. Die jetzigen Vorschriften über Emissions- und Immissionsbegrenzung können zum Teil dazu führen, dass Menschen, die gerne stadtnah am Wasser wohnen wollen, und bereit sind, Beeinträchtigungen durch die Hafennähe in Kauf zu nehmen, dies nicht dürfen, weil abstrakte Umwelt-Grenzwerte hierauf keine Rücksicht nehmen. Umweltgesetzgebung soll aber den Menschen dienen, statt sie zu Sklaven von am grünen Tisch festgesetzten Messwerten zu machen. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren,
ich weiß, dass manchem die Grundüberlegungen zum Thema Wachsende Stadt noch zu virtuell sind, zumal es sich ja um Planungsräume bis zu den Jahren 2012/2015 handelt.

Darum einige noch konkretere Beispiele:

Die Bebauungsplanverfahren in Sachen Wohldorf/Ohlstedt, Bergstedt und Klein Borstel sind im Gange. Wie konkret die sind, merkt man schon daran, dass Bürger in Volksbegehren sich gegen die Bebauung wehren.

Städtebauliche Projekte in der Hamburger Innenstadt sind in Vorbereitung:

- Baubeginn für die Neugestaltung des Jungfernstieges wird im Frühjahr 2004 sein; Fertigstellung Frühjahr oder Sommer 2005.
- Baubeginn am Domplatz wird im Jahr 2004 sein.
- Die Umgestaltung des Vorplatzes des Dammtorbahnhofes wird im Jahr 2004 beginnen.
- Der Aus- und Umbau der Hamburg Messe wird bereits behördlich vorbereitet.
- Die Erweiterung des Congress-Centrums Hamburg wird im Jahr 2004 beginnen.
- Die Neugestaltung des Spielbudenplatzes wird im Jahre 2004 beginnen.
- Der Investorenwettbewerb für das Herzstück der HafenCity, das Überseequartier, ist nach Abschluss des städtebaulichen Wettbewerbes voll im Gange.

Internationale Investoren, bzw. Investorengemeinschaften, haben ihr Interesse bekundet; vier sind in der engeren Wahl, und im Laufe des nächsten Jahres werden die Entscheidungen fallen.

- Die Verhandlung mit weiteren Investoren über Neubauvorhaben in der HafenCity ist soweit abgeschlossen, dass weitere Anhandgaben noch dieses Jahr erfolgen.
- Am Sandtorkai wird gebaut, am Dalmannkai ist der Baubeginn im Frühjahr 2004.

Ich schildere dies so detailliert, um deutlich zu machen: Wachsende Stadt ist nichts Virtuelles, sondern etwas sehr Konkretes und mitten im Entstehungsprozess.

Wichtig wird aber sein, dass dieses Entstehende architektonisch überzeugend ist. Dabei geht es nicht nur darum, dass sich Neues in das Gesicht und Profil der Stadt einpasst.

Wir brauchen Unverwechselbares, architektonisch Provozierendes, Auffälliges, Baukunst, über die weltweit gesprochen wird.

Wir brauchen an ausgewählten Standorten mehr als architektonische Routine oder Ästhetik.

Wir brauchen ein Wahrzeichen der Stadt für das 21. Jahrhundert, das internationale Ausstrahlung hat.

Dies kann eine Philharmonie auf dem Kaispeicher A sein. Dies kann das neue Herzstück des Überseequartiers sein. Auf jeden Fall muss es etwas sein, das höchsten internationalen Ansprüchen genügt, über das man spricht und das mit dem Gesicht Hamburgs mindestens so verbunden wird, wie das Opernhaus mit Sydney oder der moderne Triumphbogen in La Défense mit Paris.

Und dies ist keine bloße Ankündigung. Sondern die Entscheidung hierüber wird im nächsten halben Jahr fallen.

Aber, meine Damen und Herren, die Wachsende Stadt braucht natürlich nicht nur städtebauliche Pläne, sondern auch Menschen.

Wenn ich will - und ich will das - dass die Stadt wächst und sich im internationalen Wettbewerb der Regionen behauptet, braucht diese Stadt Internationalität und mit Internationalität meine ich Leistungsträger aus aller Welt, die nach Hamburg kommen und gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung bringen.

Und um Missverständnisse zu vermeiden: Mit Leistungsträgern meine ich nicht, dass sich Hamburg der Verpflichtung entziehen will, auch den Menschen zu helfen, die politisch verfolgt sind oder die aufgrund von Krieg und Bürgerkrieg nicht sicher in ihrer Heimat leben können.

Ich bekenne mich ausdrücklich zu dieser rechtlichen, aber auch moralischen Verpflichtung.

Diese Hilfe begrenzt sich aber - natürlich gibt es immer Ausnahmefälle - im Regelfall auf den Zeitraum der Bedrohung dieser Menschen an Leib und Leben.

Ansonsten kommt es darauf an, gezielt zu steuern und dafür zu sorgen, dass Leistungsträger in unsere Stadt kommen.

Und ich meine daher, dass die Grundsatzdiskussion über eine Änderung des Zuwanderungsrechts lange genug geführt worden ist. Aus Hamburger Sicht würde ich eine rasche Neuregelung begrüßen. Eine Neuregelung, die zum Beispiel beinhaltet, dass:

- Leistungsträger, die aus aller Welt zu uns kommen, die Möglichkeit haben, nicht nur kurz befristet, sondern länger zu uns zu kommen und auch ihre Familie mitzubringen. Da andere Staaten hier sehr großzügig verfahren, berauben wir uns sonst der Möglichkeit, im internationalen Wettbewerb mithalten zu können;
- junge Menschen, die hier studiert haben und - wie so oft - ihr Studium hervorragend abgeschlossen haben, sollen auch die Möglichkeit haben, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben, wenn sie es wollen;
- Studienanfänger aus dem Ausland sollten nicht den Verwirrungen der deutschen Bürokratie ausgeliefert werden, sondern über eine einzige Anlaufstelle arbeits- und ausländerrechtliche sowie melderechtliche Angelegenheiten erledigen können.

Ein neues Zuwanderungsrecht muss eben gesteuerte Zuwanderung beinhalten. Bei einem internationalen Land wie Deutschland - und erst recht einer internationalen Stadt wie Hamburg - darf gar nicht erst der Eindruck entstehen, dass *Ressentiments* oder Vorurteile eine Rolle spielen könnten.

Erlauben Sie mir hier einen Gedankensprung: Gerade bei der Aufnahme ausländischer Studierender, bzw. des Rechts hier Studierthabender, auch nach dem Examen in Deutschland zu bleiben, wird oft entwicklungspolitisch argumentiert, nach dem Motto: Es sei für die Herkunftsländer wichtig, dass die Männer und Frauen wieder der Wirtschaft und Gesellschaft des Heimatlandes zur Verfügung stünden.

Dieses Argument überzeugt mich aus zweierlei Gründen nicht:

- Zum einen geht es auch um eine individuelle Frage des oder derjenigen, der hier studiert oder hier Examen gemacht hat, und dessen Lebensplanung, die man zumindest nicht automatisch behaupteten entwicklungspolitischen Gedanken unterordnen darf.

- Zum anderen meine ich, dass bestimmte Irrwege der Entwicklungspolitik gerade in den letzten Tagen deutlich geworden sind:

Wenn es bei der WTO-Konferenz letzte Woche nicht möglich war, dass Europa und die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, in schnelleren Schritten als geplant, die Agrarsubventionen zurückzufahren und die Einfuhrzölle zu senken, damit die Entwicklungsländer, die ja erheblich billiger produzieren können, Ausfuhrchancen und damit wirtschaftliches Wachstum erreichen, und zweitens die Ausgaben für Entwicklungshilfe erheblich geringer sind, als die Aufwendungen für Agrarsubventionen, so zeigt das, dass wir von einer wirklichen Chancengerechtigkeit für die sich entwickelnden Länder noch weit entfernt sind.

Ich weiß, diese Auffassung wird hier, insbesondere in der Agrarwirtschaft, unpopulär sein. Wenn ich aber für die Freizügigkeit des internationalen Warenverkehrs bin, und grundsätzlich skeptisch bei Subventionen bin, und gleichzeitig den sich entwickelnden Ländern eine Chance geben will, müssen hier nach meiner Überzeugung Europa und die Vereinigten Staaten größere Schritte wagen. Alles andere wird auf die Dauer keinen Erfolg haben.

Aber zurück zu den Inhalten der Wachsenden Stadt:

Eng verbunden mit der Internationalisierung des Wettbewerbs um die besten Köpfe und auch generell der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Qualität einer Stadt oder einer Region, ist der Standard von Wissenschaft und Forschung.

Hier hat Hamburg ein riesiges Nachholbedürfnis. Eine qualitativ wachsende Stadt wird immer eine Stadt sein, in der Wissenschaft und Forschung groß geschrieben werden müssen.

Mich hat in der Vergangenheit bedrückt, dass zwar nicht alle, aber viele Hamburger Hochschulen beinahe in allen *Ranking*-Verfahren nur unter ferner Liefen abgeschnitten haben.

Das wird auf Dauer nicht gut gehen. Drei Schritte sind notwendig, um dies zu ändern:

- Erstens: Eine Hochschulreform, wie sie jetzt beginnt, die die Qualität der Abschlüsse und nicht die Quantität der Studienanfänger in den Mittelpunkt stellt.

Die Zuweisung der Mittel an die einzelnen Fakultäten kann nicht überwiegend danach gehen, wie viele Studierende sich einschreiben - schon deshalb nicht, weil wir eine Studienabbrecherquote von ca. 50% haben - sondern muss sich zunehmend danach richten, wie viele und mit welcher Qualität Studierende ihr Studium beendet haben. Quantität kann nur dann ein Faktor sein, wenn die Qualität stimmt - Selbstnutz ist sie nicht.

- Zweitens: Wissenschaft und Forschung brauchen Geld, Drittmittel, aber auch staatliche Gelder.

Die Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung für den Bereich Wissenschaft und Forschung sind - mit den Verkehrsinvestitionen - diejenigen, die am meisten angestiegen sind; nicht zuletzt wegen der Entscheidung über eine Neuentwicklung des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf, die in einem ersten Abschnitt rund 250 Millionen Euro kosten wird.

Was die laufenden Kosten angeht, wurde trotz der knappen Kassen und der Steuereinbrüche den Universitäten für die nächsten Jahre eine Finanzierung auf dem jetzigen Level zugesichert.

Dieses wird auf Dauer nicht ausreichen. Wir werden in Hamburg, aber nicht nur in Hamburg, sondern in der Region enorme Anstrengungen unternehmen müssen, um, wenn nicht in allen, zumindest in ausgewählten Bereichen unsere internationale wissenschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Ich sage jetzt schon, dies wird Geld kosten, bekenne mich aber ausdrücklich zu der Aufgabe.

Hier eine persönliche Bemerkung: Zur Finanzierung einer besseren Wissenschaft und Forschung halte ich es nach wie vor für vernünftig, über Hochschulgebühren nachzudenken. Nicht nur um Gelder zu akquirieren, sondern der Grundsatz „wer zahlt, sorgt für Qualität“ gilt auch im Hochschulbereich.

Dies darf nicht dazu führen, dass Studierende mit wenig Geld vom Studium ausgeschlossen werden, es gibt aber Modelle, wie zum Beispiel in Australien, dass vom Staat Darlehen zur Finanzierung der Hochschulgebühren mit niedrigem Zinssatz vergeben werden, die nach absolviertem Studium in Raten, dem jeweiligen Gehalt angepasst, zurückgezahlt werden. Ich halte eine solche Regelung weder für wissenschaftsfeindlich noch für unsozial. Ich halte sie für fair und marktwirtschaftlich.

- Drittens: Auch Hochschulen brauchen Wettbewerb. Zu diesem Wettbewerb gehört, dass sich Hochschulen zumindest zum Teil ihre Studierenden selbst aussuchen dürfen, Leistungsträger anwerben dürfen. Zu diesem Wettbewerb gehört aber auch, wenn Sie so wollen, der wissenschaftliche Wettkampf zwischen staatlichen, privaten oder in *Public-Private-Partnership*-betriebenen Hochschulen.

Ich freue mich daher, dass es neben dem hier schon länger ansässigen *NIT*, durch die *Bucerius Law School*, die geplante *Hamburg Media School* auf dem sich in Entwicklung befindenden Medien-campus Finkenau und der *Hamburg School of Logistics* eine Reihe von Einrichtungen gibt, die ergänzend oder im Wettbewerb zu den staatlichen Universitäten arbeiten oder arbeiten werden. Ohne Wettbewerb gibt es keine Höchstleistungen.

Meine Damen und Herren,

ich wollte Ihnen an einigen ausgewählten Beispielen zeigen, wie das Szenario der Wachsenden Stadt beginnt Wirklichkeit zu werden.

Sie werden aber vom Großen bis zum Kleinen feststellen, dass dies nur mit einem Systemwechsel möglich ist.

In der Politik muss ich täglich feststellen: Jede Veränderung stößt zunächst auf Vorbehalte. Diese Vorbehalte reichen von intellektueller Skepsis bis zum massiven Widerstand.

Ich bedauere dies außerordentlich, aber es scheint menschlich zu sein, dass man abstrakt Veränderungen verlangt, bei sich und seiner Umgebung aber keine wünscht. Genau das erleben wir zur Zeit bei uns in Hamburg:

- In der Nachbarschaft der Gebiete, wo gebaut werden soll - auch wenn es sich überwiegend um Einfamilienhäuser handelt - gibt es Widerstand gegen den Neubau;
- Lehrer protestieren gegen das neue Lehrerarbeitszeitmodell;
- die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestieren so ziemlich gegen alles: Sowohl gegen die Heranziehung privaten Kapitals zur Erledigung öffentlicher Aufgaben, als auch gegen die Erhöhung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst von 38,5 auf 40 Stunden und gegen die Einschränkung des 13. Monatsgehalts, auch wenn dieses sozial abgestuft ist und es nach wie vor im gesamten öffentlichen Dienst, gleich ob Beamte oder Angestellte, keine betriebsbedingten Kündigungen gibt;
- Hochschulen und einige Studierende protestieren gegen die geplante Hochschulreform; und und und.

Es gibt so gut wie nichts Neues, was nicht Protest erzeugt.

Bitte nehmen Sie mir ab: Jeder hat das Recht zu protestieren und gegen etwas zu sein.

Ich nehme den Protest auch ernst. Ich denke aber, wir sind gewählt, um zu handeln und eigene Überzeugungen auf dem parlamentarischen Weg durchzusetzen.

Man muss sich selbstverständlich die Argumente der Betroffenen und von Interessengruppen anhören, ausschließlich nach deren Meinung darf man sich aber nicht richten.

Dies wäre ein verhängnisvoller Fehler, weil dann schlicht und ergreifend nichts passieren würde. Es muss aber viel passieren.

In Deutschland und in Hamburg.
Dafür werbe ich.